



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 8. Dezember 2021

### Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2021/369, Anträge 050. Bis 053. und Postulat GR Nr. 2021/476

4709. 2021/368  
Weisung vom 15.09.2021:  
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. bis 053. (Postulat GR Nr. 2021/476).

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Florian Utz (SP):** Viele Gewerbetreibende wurden durch die Corona-Krise sehr hart getroffen, wenn auch in unterschiedlichen Branchen und unterschiedlich stark. Spricht man beispielsweise mit Taxi-Fahrerinnen und Taxi-Fahrern, erhält man ein sehr klares Bild. Wir stellten bereits im letzten Budget den Antrag, im Jahr 2021 diverse Gebühren, vor allem Bewilligungsgebühren, zu erlassen. Wir stellen heute den Antrag, den Gebührenerlass auch im Jahr 2022 fortzuführen. Wir sind der Meinung, dass der Gebührenerlass eine sehr wichtige Entlastung für die einzelnen Gewerbetreibenden darstellt und dass sich eine solche Unterstützung des Gewerbes unter dem Strich für die Stadt und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler lohnt. Zürich bleibt dann finanziell stark, wenn wir nach der Krise da stehen, wo wir vor der Krise standen. Das stellen wir sicher, indem wir Arbeitsplätze erhalten. Würden Arbeitsplätze verloren gehen und wir in eine Negativspirale aus Arbeitsplatzverlust geraten, käme es zu zeitlich verzögerten höheren Sozialhilfekosten und tieferen Steuereinnahmen. Das wäre verheerend, würde viel menschliches Leid verursachen und auch die Stadtkasse erheblich belasten. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, dem Gewerbe auch im Jahr 2022 diverse Gebühren zu erlassen. Ich bin froh, dass auch hier die Koalition der Vernunft spielt, deren Name gerade bei diesem Antrag sehr treffend ist. Es sind sicher viele Gewerbetreibende und Gewerbetreibende froh um diese Mehrheit und die Unterstützung in Form des Gebührenerlasses – gerade, wenn die SVP sie im Regen stehen lässt. Von Seiten der SP gebe ich bekannt, dass wir auch das Postulat der SVP unterstützen werden. Die Wirkung der Gebührenerlassung wird sich nicht 2022 zeigen, sondern erst ab 2023. Es ist für uns auch klar, dass mit unserer Zustimmung das Postulat nicht wörtlich umgesetzt werden muss. Die 15 Prozent Gebührenerlassung können zu ungeraden Beträgen führen, die ohne weiteres gerundet werden können. Auch können die einzelnen Gebührenerlassungen unterschiedliche Ausmasse haben. Aus Sicht der SP ist es aber wichtig und richtig, dass für das Gewerbe unter dem Strich eine wesentliche Entlastung entsteht. Wir stimmen dem Postulat zu, damit das Gewerbe nächstes Jahr vollständig und ab den folgenden Jahren in erheblichem Ausmass entlastet wird.



**Susanne Brunner (SVP)** begründet den Antrag der Minderheit 2 und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4683/2021): Es ist immer wieder erstaunlich, was bevorstehende Wahlen alles bewirken können. Die Unterstützung der SP des Gewerbes mit dem Gebührenerlass ist wie eine Wunderkerze am Christbaum; sie leuchtet kurz auf und ist dann vorbei. In diesem Saal wird das ganze Jahr Politik gemacht und wer diese das ganze Jahr über beobachtet, weiss, dass die SP Politik gegen das Gewerbe macht. Nur in dieser Budgetdebatte kurz vor den Wahlen ist sie plötzlich für das Gewerbe und inszeniert sich als neue Gewerbspartei. Das ist natürlich nur ein Schauspiel und eine Inszenierung, die wir aber gerne annehmen. Die SVP-Fraktion wird den Gebührenerlass, wie ihn die SP-Fraktion vorschlägt, unterstützen. Die SVP-Fraktion reichte auch ein Postulat ein, weil es nicht sein kann, dass wir in dieser Stadt eine gewerbefreundliche Politik nur an das Vorhandensein einer Pandemie knüpfen. Weil Linksgrün das ganze Jahr über gewerbefeindlich entscheidet und handelt, müssen wir das Gewerbe entlasten. Das Gewerbe wird in unserer Stadt stark geplagt. Wir haben einen Parkplatzabbau, ein ausuferndes Tempo 30, vermehrtes Homeoffice, das die Frequenzen in der Innenstadt senkt, und es gibt einen Zuwachs im Online und eine Reduktion im stationären Handel. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Innenstadt vital und interessant und einen Gewerbestandort sowie ein Standort für den Detailhandel bleibt. Auch wenn die SP sonst das ganze Jahr gegen das Gewerbe arbeitet, sind wir froh, dass sie sich einmal – unter dem Druck der Wahlen – ein bisschen wie eine Wunderkerze gewerbefreundlich zeigt. Ich möchte aber betonen, dass wir in unserem Postulat eine Gebührensenkung um 15 Prozent fordern. Es ist also nicht so, dass man bei den einen die Gebühren etwas mehr und bei den anderen die Gebühren etwas weniger senkt. Auch die ungeraden Beiträge dürften in der heutigen Zeit kein Problem darstellen. Ich fasse zusammen: Die SVP unterstützt den Gebührenerlass und wir freuen uns natürlich, wenn unser Postulat in diesem Rat eine Mehrheit findet.

**Sven Sobernheim (GLP)** begründet den Antrag der Minderheit 1: Mit dem Novemberbrief beschloss der Stadtrat bereits einen Teil der Gebührensenkungen. Die Mehrheit will den Rabatt nun für das ganze Jahr geben. Sie weiss also bereits jetzt, dass der Christbaumverkauf im Dezember 2023 ein Problem sein wird und es deshalb einen Gebührenerlass braucht. Sie nehmen die Corona-Pandemie vorweg, ohne zu wissen, wie die Situation tatsächlich sein wird. Lehnen wir den Antrag ab, kann der Stadtrat die Gebührensenkung immer noch erlassen, sofern die Senkung auch wirklich benötigt wird. Wenn wir dem Antrag jetzt aber zustimmen, muss der Stadtrat die Gebührensenkung erlassen, unabhängig davon, wie sich die Situation entwickelt. Deshalb lehnt die Minderheit 1 den Antrag der Mehrheit ab. Der Antrag der Minderheit 2, der eine grundsätzliche Gebührensenkung via Budget verlangt, ist noch absurder. Viele der Gebührenverordnungen liegen in der Kompetenz des Gemeinderats und wurden seit Jahrzehnten von einer Mehrheit des Gemeinderats kaum beachtet. Wenn Sie sich in die Detailarbeit vertiefen möchten, um zu prüfen, wo Sie welche Gebühren senken können, wäre das mit Arbeit verbunden. Bleiben Sie deshalb beim Stadtrat und stimmen Sie für die Flexibilität, die der Stadtrat in diesem Fall braucht.

**Felix Moser (Grüne)** stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: Gebühren basieren zum Teil auf Verordnungen, für die



*der Gemeinderat zuständig ist. Mit der Motion verfügt der Gemeinderat über ein richtungspolitisches Mittel, diese zu verändern. Ein Budgetantrag oder ein Postulat sind für diesen Zweck der falsche Weg. Zudem macht für uns eine dauerhafte Senkung der Gebühren auch inhaltlich keinen Sinn, wie sich am Beispiel der Nutzung von öffentlichem Grund zeigt: Die Grünen sind grundsätzlich der Meinung, dass der öffentliche Grund für alle da ist. Wenn jemand diesen öffentlichen Grund für Veranstaltungen, Verkaufspromotionen oder andere private oder geschäftliche Zwecke nutzt, kann dafür auch eine angemessene Gebühr bezahlt werden. Das ist nichts als recht. Wir werden das Postulat deshalb ablehnen. Betreffend die Anträge, die Gebühren dieses Jahr dauerhaft zu senken, schliesse ich mich dem Votum von Sven Sobernheim (GLP) an. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, die Gebührenreduktion, die der Stadtrat bis Ende März bereits beschlossen hat, bis Ende Jahr weiterzuführen. Wir wissen nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickelt. Der Stadtrat kann Gebührensenkungen sehr wohl in eigener Kompetenz beschliessen und er bewies in den beiden vergangenen Jahren der Pandemie auch, dass er bei Bedarf und Notwendigkeit mit Augenmass handelt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** *Die Gebührensenkung war eine der ersten Massnahmen, die die FDP vorschlug, als der Ratsbetrieb nach dem ersten Lockdown wieder aufgenommen wurde. Kurz darauf setzte der Stadtrat die Massnahme in Eigenregie um. Wir glauben immer noch, dass es sich dabei um die richtige Massnahme handelt. Auch wenn noch nicht alle Wirtschaftsträger den Tritt in der erhofften Geschwindigkeit gefasst haben, war dies doch bei vielen der Fall. Das gibt uns recht. Es ist wichtig, dass man die Massnahme auch darüber hinaus weiterzieht. Es ist deshalb in Ordnung, wenn dies auch bereits für den Christbaumverkauf nächstes Jahr beschlossen wird. Der Gebührenverzicht ist gut investiertes Geld. Da wir sowieso gerade über die Gebühren sprechen, können wir auch gleich überprüfen, ob wir sie nicht dauerhaft senken können. Wir sollten prüfen, ob wir als Gemeinwesen davon profitieren, wenn die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, Gewinn erwirtschaften, Gewinnsteuern zahlen und an die Wertschöpfungskette der Stadt beitragen. So könnten wir mit einem Gebührenerlass langfristig etwas bewirken.*

**Andreas Kirstein (AL):** *Es ist absolut legitim und nachvollziehbar, dass der Alleinvertretungsanspruch, den die SVP immer noch glaubt auf das Gewerbe zu haben, in Frage gestellt wird. Dass die SP dies aber mit Massnahmen und Vorschlägen aus der Mottenkiste der falschen Gewerbepolitik der SVP macht, finde ich bemerkenswert. Mit Senkungen von Gebühren – ob dauerhaft oder zeitlich befristet – im Giesskannenprinzip wird dem Gewerbe nicht geholfen. Nichts hat dem Gewerbe so stark geschadet, wie die Corona-Politik der SVP und den von ihnen dominierten Gewerbeverbänden. Das Gewerbe wird stark mit der von der SVP angestachelten Corona-Politik zu kämpfen haben, wenn wir es nicht schaffen, die Welle zu brechen. Will man etwas für das Gewerbe unternehmen, dann muss man die strukturellen Rahmenbedingungen verändern und nicht einfach Geschenke ausschütten – weder an Weihnachten noch sonst im Jahr.*



S. 216	<b>25</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b>				
	<b>2520</b>	<b>Stadtpolizei</b>				
	<b>4120 00 000</b>	<b>Konzessionen</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>050.</b>	Antrag Stadtrat			-740 000 217 000 N	Minderheit 1	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
			523 000	0	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)
			78 400	-444 600	Minderheit 2	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Unterstützung des Gewerbes durch Fortführung des temporären Gebührenerlasses auch im Jahr 2022 (für Boulevardcafés, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafés, Veranstaltungen) Minderheit 2: Gebührenreduktion von 15 % für das Gewerbe (pro rata)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-523 000)	37 Stimmen
Antrag Mehrheit	(0)	83 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-444 600)	<u>0 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---



Antrag 051.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 216	<b>25</b> <b>2520</b> <b>4210 00 000</b>	<b>SICHERHEITSDÉPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Gebühren für Amtshandlungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>051.</b>	Antrag Stadtrat				-2 991 600 569 000 N	Minderheit 1 Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
				1 116 700	-1 305 900	Mehrheit Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)
				363 400	-2 059 200	Minderheit 2 Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Unterstützung des Gewerbes durch Fortführung des temporären Gebührenerlasses auch im Jahr 2022 (für Boulevardcafés, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafés, Veranstaltungen) Minderheit 2: Gebührenreduktion von 15 % für das Gewerbe (pro rata)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-2 422 600)	37 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-1 305 900)	80 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-2 059 200)	<u>0 Stimmen</u>
Total		117 Stimmen
= absolutes Mehr		59 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---



Antrag 052.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 216	<b>25</b> <b>2520</b> <b>4472 00 000</b>	<b>SICHERHEITSDÉPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Vergütung für Benützungen Liegenschaften VV</b>				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
<b>052.</b>	Antrag Stadtrat				-13 480 000 622 000 N	Minderheit 1 Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
				4 270 700	-8 587 300	Mehrheit Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fi- scher (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangi- nes (SP)
				1 928 700	-10 929 300	Minderheit 2 Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Unterstützung des Gewerbes durch Fortführung des temporären Gebührenerlasses auch im Jahr 2022 (für Boulevardcafés, Taxibewilligun- gen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherzie- hen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanz- licher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeit- schriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirt- schaftspatente, Nachtcafés, Veranstaltungen) Minderheit 2: Gebührenreduktion von 15 % für das Gewerbe (pro rata)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-12 858 000)	38 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-8 587 300)	82 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-10 929 300)	<u>0 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---



7 / 7

**4727. 2021/476**

**Postulat der SVP-Fraktion vom 01.12.2021:**

**Dauerhafte Senkung der Gebühren für das Gewerbe um 15 Prozent**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Susanne Brunner (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4683/2021).

Felix Moser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2021/368, Beschluss-Nr. 4907/2021, Antrag Nr. 050.

Das Postulat wird mit 78 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat